

Auszug aus dem Protokoll des Regierungsrates des Kantons Basel-Landschaft

Nr. 0509

vom 27. März 2012

Vernehmlassung zur Verordnung über das Bergführerwesen und Anbieten weiterer Risikoaktivitäten (RiskV)

Die Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion wurde mit RRB Nr. 1756 vom 13. Dezember 2011 beauftragt, eine Stellungnahme in Sachen Vernehmlassung zur Verordnung über das Bergführerwesen und Anbieten weiterer Risikoaktivitäten (RiskV) an das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) auszuarbeiten. Sie unterbreitet den Entwurf der Stellungnahme zur Genehmigung.

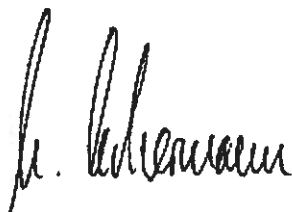
Die Vernehmlassungsfrist läuft am 31. März 2012 ab.

- //: 1. Die Stellungnahme wird genehmigt und an das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport, VBS, weiter geleitet.
2. Das Geschäft wird definitiv als 2c klassifiziert.

Verteiler:

- Bundesamt für Sport, Herr Markus Feller, Hauptstrasse 245 - 253, 2532 Magglingen (mit sep. Schreiben)
 - alle Direktionen
 - Landeskanzlei
 - Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion (2)
- (mit Kopie des sep. Schreibens)

Der Landschreiber:





LIESTAL, 27. März 2012

DER REGIERUNGSRAT DES KANTONS BASEL-LANDSCHAFT

An

Eidgenössische Departement für
Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS)
Bundeshaus Ost
CH-3003 Bern

Vernehmlassung zur Verordnung über das Bergführerwesen und Anbieten weiterer Risikoaktivitäten (RiskV)

Sehr geehrter Herr Bundesrat Maurer
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 1. Dezember 2012 haben Sie die Kantone eingeladen in oben rubrizierter Sache Stellung zu nehmen. Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Meinungsäusserung.

1. Allgemeines

Im Sinn einer Erhöhung der Sicherheit für Aktivitätsteilnehmende, sowie einer Qualitätssteigerung im Bereich der Anbieter, wird die Verordnung seitens des Kantons Basel-Landschaft grundsätzlich begrüsst. Weiter positiv bewerten wir die präzisere Definition/Regelung der grenzüberschreitenden Vereinbarungen.

Unser Kanton bedauert hingegen, dass unser zentrales Anliegen in unserer Vernehmlassungsantwort vom 20. Juni 2006 zum Bundesgesetz nicht aufgenommen wurde. Der Kanton Basel-Landschaft beurteilt die Erteilung und Erneuerung von Bewilligungen durch die einzelnen Kantone weiterhin als problematisch, insbesondere für Nichtgebirgskantone, wo die entsprechenden Behörden notwendiges Wissen oder Erfahrungen im Bereich Bergwesen fehlt. Der Regierungsrat meldete schon seinerzeit Zweifel an, ob die Schaffung einer kantonalen Behörde Sinn mache, welche anhand von wenigen Formalkriterien quasi alibimässig Bewilligungsanträge prüft. Wir empfehlen deshalb die Prüfung einer nationalen Bewilligungsinstanz. Dass nun in der vorgeschlagenen Verordnung darüber hinaus auch noch vorgesehen wird, dass Personen mit Wohnsitz oder Sitz im Ausland das Gesuch bei einer kantonalen Behörde ihrer Wahl einreichen können, stösst auf unsere strikte Ablehnung. Es wäre nicht undenkbar, dass bei einer solchen Regelung Anbieter aus dem süddeutschen oder elsässischen Raum Bewilligungsgesuche für geplante Aktivitäten in den Alpen aufgrund der be-

quemen Nähe in den grenznahen Nichtgebirgskantonen wie Basel-Landschaft, Basel-Stadt, Aargau etc. stellen.

Art. 9 des Gesetzes regelt die Geltungsdauer der Bewilligungen auf vier, bzw. zwei Jahre. Die Möglichkeit, nach Abs. 3 für Personen mit Wohnsitz oder Sitz im Ausland kürzere Gültigkeitsdauern vorzusehen, wird jedoch in der Verordnung nicht näher ausgeführt. Dies wird in den einzelnen Kantonen zu einer uneinheitlichen Praxis führen, was wir nicht befürworten. Falls die Regelung bleiben sollte, dass Gesuchsteller mit Wohnsitz oder Sitz im Ausland ihren Bewilligungskanton frei auswählen können, würden wohl zwangsläufig Kantone, welche die kürzeren Fristen anwenden, von den Gesuchstellern umgangen. Wir regen daher an, in der Verordnung die kürzere Geltungsdauer als Kann-Formulierung mit zwei Jahren (Bergführer und -führerinnen, Schneesportlehrer und -lehrerinnen), bzw. einem Jahr (nach Art 1 Abs 2 Buchstaben c - e) unter Art. 14 anzugeben.

Informationspflicht: Die Verordnung verpflichtet Inhaber oder Inhaberinnen einer Bewilligung, Kunden über seine Versicherungen oder die gleichgestellte Sicherheit zu informieren. Wir regen an, darüber hinaus an geeigneter Stelle in der Verordnung in ähnlicher Art auch Informationen über Zertifizierung und Bewilligungen vorzusehen. Dies würde es Leistungsempfängerinnen und -empfängern erleichtern, allfällige Rückfragen zielgerichtet an die richtige Behörde zu richten. Wir gehen auch davon aus, dass damit die Anzahl von Anfragen dieser Art generell reduziert werden könnte.

2. Zu den einzelnen Verordnungsartikeln (Änderungsanträge kursiv dargestellt):

§14 Abs 1

Hat die Person Wohnsitz oder Sitz im Ausland, so *richtet sie das Gesuch bei der Behörde des Kantons ein, wo der Hauptteil ihrer Aktivität durchgeführt werden soll, oder in dem Kanton, wo die erste Aktivität durchgeführt werden soll.*

§14 Abs 4 und 5

Auf die Nennung der Fristen von 5, bzw. 30 Tagen soll verzichtet werden, da die Erfüllung nicht vorbehaltlos durch die Kantone sichergestellt werden kann. Zudem spricht die Verordnung in diesem Zusammenhang nur von Tagen, womit nicht klar ist, ob Kalender- oder Arbeitstage gemeint sind. Diese Angaben wären zu ersetzen mit dem Passus "innerhalb nützlicher Frist".

Ergänzung zu Art 14

Wie im allgemeinen Teil ausgeführt ist anzugeben, dass die Geltungsdauer bei Personen mit Sitz im Ausland entsprechend auf zwei Jahre, bzw. ein Jahr verkürzt werden kann.

§17

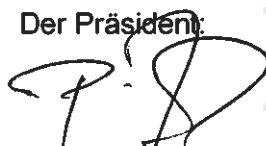
Der Kanton Basel-Landschaft spricht sich klar dagegen aus, dass in 26 Kantonen separate Internetseiten mit den gültigen Bewilligungen durch die kantonalen Behörden betrieben werden sollen. Der entsprechende Art. 12 des Gesetzes formuliert eine Holschuld für Dritte, welche sich informieren möchten. Somit wäre höchstensfalls die Formulierung nach dem Gesetz zu übernehmen.

Wir erachten es jedoch als zielgerichteter und empfehlen entsprechend auch das Führen einer nationalen Liste. Da eine Bewilligung des Kantons XY in der ganzen Schweiz gültig ist, entfällt damit für Dritte die mühsame Suche nach dem zuständigen Kanton und dem Durchforschen von 26 separaten Webseiten zugunsten eines raschen und informativen "Klicks" auf eine einzige Seite.

Sehr geehrter Herr Bundesrat, sehr geehrte Damen und Herren, wir bedanken uns für die Möglichkeit der Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer Anregungen.

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

Der Präsident:



Der Landschreiber:

